

rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband



gegründet 1861

Montag, 5. April 1982

Blatt 922

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

- | | |
|-------------------------------------------|---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| Bereits über FS
ausgesendet:
(grau) | Hafen Albern: Rodung nur schrittweise
Bundespräsident Kirchschräger las bei
Büchereieröffnung
Städtebund forciert Konsumentenschutz |
| Kommunal:
(rosa) | Fast 10.000 bei "Wien 2000"
Ständige Kontrolle von Discos und Nachtlokalen
Bessere Luftqualität durch neues Gesetz
Debatte über zentrale Stelle für
Rechtsangelegenheiten
Rasche und unbürokratische Sozialhilfe |
| Politik:
(rosa) | Fürst zu Wiener Volksbefragungen: Durchaus positive
Bilanz |
| Lokal:
(orange) | Neuartige Ampel für Blinde |
| Nur
über FS: | 3.3. Zimmerbrand - zwei Kinder geborgen
Brand im Franziskanerkloster
5.3. Gegen Straßenbahn gelaufen
Morgen Bürgermeister-Pressegespräch |

.....
Bereits am 2. April 1982 über Fernschreiber ausgesendet
.....

Hafen Albern: Rodung nur schrittweise

Utl.: Kein Ausbau beim Blauen Wasser

=+++

14 #Wien, 2.4. (RK-KOMMUNAL) Die Hafendienstgesellschaft wird die ordnungsgemäß bewilligten Rodungen im Alberner Hafen nur schrittweise, je nach der Notwendigkeit, durchführen. Das berichtete Stadtrat Peter SCHIEDER Freitag im Gemeinderatsausschuß Umwelt und Freizeit auf eine ÖVP-Anfrage.#

Wie Schieder außerdem sagte, hat die Holding auch Fachleute von der Universität für Bodenkultur eingeschaltet, die die Hafendienstgesellschaft beraten werden, welche Baumgruppen von vornherein erhalten bleiben können.

Schieder betonte außerdem nochmals, daß in der Rodungsbewilligung entsprechende Auflagen gegeben wurden, die garantieren sollen, daß die Rodungen tatsächlich nur für den Hafenausbau bzw. für Betriebe wie Waren umschlagende oder Verpackungsbetriebe, die für ein Hafen-Warenzentrum nötig sind, vorgenommen werden. Sollte dies nicht eingehalten werden, so muß wieder ein Wald gepflanzt werden.

Das Blaue Wasser ist nicht gefährdet: mit der Hafendienstgesellschaft wurde vereinbart, daß das Blaue Wasser nicht in die Überlegungen zum Hafenausbau einbezogen wird. (Schluß)
hs/bs

NNNN

.....
Bereits am 2. April 1982 über Fernschreiber ausgesendet
.....

Bundespräsident Kirchschräger las bei Büchereieröffnung

=++++

15 Wien, 2.4. (RK-LOKAL) Bei der Eröffnung einer der größten Zweigstellen der Wiener Städtischen Büchereien in Wien 4., Favoritenstraße 8, las Freitag Bundespräsident Dr. Rudolf KIRCHSCHLÄGER anlässlich des "Andersentages" der im Zeichen des Kinder- und Jugendbuches steht, vor Kindern. Kirchschräger las aus dem Buch "Das unsichtbare Kind" Geschichten von Friedl Hofbauer, Christine Nöstlinger und anderen.

Die neue Bücherei, die als Freihandbücherei eingerichtet ist und die Zweigstelle in Wien 4., Kolschitzkygasse 9, ersetzt, bietet auch Raum für Klassenbesuche und kleine Veranstaltungen.

Nach einer Begrüßung von Vizebürgermeister Gertrude FRÖHLICH-SANDNER eröffnete Bürgermeister Leopold GRATZ die Bücherei. Den musikalischen Rahmen gestalteten Kinder aus einer Musikschule der Stadt Wien. (Schluß) emw/bs

NNNN

Bereits am 4. April 1982 über Fernschreiber ausgesendet

Städtebund forciert Konsumentenschutz

=++++

1 Wien, 4.4. (RK-KOMMUNAL) Müssen wertgeminderte Lebensmittel eigens gekennzeichnet werden, oder genügt ein Hinweis auf die abgelaufene Aufbrauchsfrist? Mit dieser Frage beschäftigt sich Georg Gaisbauer, Strafreferent der Bezirkshauptmannschaft Braunau am Inn, in der vom Städtebund herausgegebenen "österreichischen Gemeindezeitung" (Nr. 6/82).

"Wir messen dem Konsumentenschutz im Bereich des österreichischen Städtebundes große Bedeutung bei", erklärte dazu Generalsekretär Reinhold SUTTNER gegenüber der "RATHAUSKORRESPONDENZ". Zwei eigene Fachausschüsse beschäftigen sich mit Fragen des Konsumentenschutzes, die die Kompetenzen der Gemeinden betreffen: Einer für Marktamsangelegenheiten, der andere für Schlachthof- und Veterinärwesen. In der nächsten Sitzung des Fachausschusses für Marktamsangelegenheiten werden unter anderem die Erfahrungen mit dem neuen Qualitätsklassengesetz diskutiert.

Mit der oft unklaren Kennzeichnung von Lebensmitteln beschäftigt sich auch der Artikel in der neuen Ausgabe der "Gemeindezeitung" an folgendem Beispiel: Ein Lebensmittel wird von der Lebensmitteluntersuchungsanstalt als wertgemindert beurteilt. Die Aufbrauchsfrist ist um zwei Monate überschritten. Dieser Umstand ist deutlich gekennzeichnet; genügt das aber auch, um die Wertminderung kenntlich zu machen?

Laut Dr. Gaisbauer muß, wie im Lebensmittelgesetz vorgeschrieben, "der Umstand der Wertminderung und worin dieser besteht ... dem Käufer unmißverständlich mitgeteilt werden." Der Ablauf der Aufbrauchsfrist sagt nichts über eine Wertminderung der Ware aus und ist keine "verpönte Eigenschaft im Sinne des Lebensmittelgesetzes", wie es im Juristendeutsch heißt - die Ware darf unbeschadet dessen weiterverkauft werden. Deshalb muß, was derzeit kaum geschieht, eine tatsächliche Wertminderung gesondert gekennzeichnet werden - das abgelaufene Haltbarkeitsdatum läßt keine Rückschlüsse auf die Eigenschaften der Ware zu. (Schluß) roh/gg

Fast 10.000 bei "Wien 2000"

Utl.: Ausstellung am Ostersonntag geschlossen

=++++

5 Wien, 5.4. (RK-KOMMUNAL) Eines großen Interesses bei der Bevölkerung erfreut sich die Ausstellung "Wien 2000" in der Halle P des Messepalastes: Fast 10.000 Wienerinnen und Wiener haben sich bereits über den Entwurf des neuen Stadtentwicklungsplanes informiert, viele haben auch die Möglichkeit zur Stellungnahme genutzt. Gleichzeitig gibt die Ausstellung auch einen Überblick über die städtebauliche Entwicklung der Stadt von 1945 bis 1981.

Planungsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Rudolf WURZER wies darauf hin, daß jede Stellungnahme, mag sie auch noch so kritisch oder "utopisch" sein, genau geprüft und der endgültigen Fassung des Stadtentwicklungsplans zugrundegelegt werden wird, der schließlich vom Gemeinderat beschlossen werden soll. Damit wird Wien ein kommunalpolitisches Handlungsprogramm erhalten, das dem Bauzonenplan des Jahres 1893, auf den alle heutigen Flächenwidmungs- und Bebauungspläne zurückgehen und der grundsätzliche Bedeutung für die Stadtentwicklung seither hatte, vergleichbar ist: aufgrund des neuen Stadtentwicklungsplans sollen neue Grundsätze für die Flächenwidmungspläne des gesamten Stadtgebiets erstellt werden, auf die schließlich neue Bebauungspläne aufbauen werden. Derzeit sind die Ziele für die räumliche Stadtentwicklung Wiens in rund sechseinhalbtausend Plandokumenten festgehalten.

Zwtl.: Ausstellung am Ostersonntag geschlossen

Aus personellen Gründen ist die Ausstellung am Ostersonntag geschlossen. Die sonstigen Öffnungszeiten: Montag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag 10-16 Uhr, Dienstag 10-19 Uhr, Sonntag 9 bis 12 Uhr. Jeweils Dienstag um 17 Uhr und Sonntag um 10 Uhr finden Führungen statt. Der Eintritt ist frei. (Schluß) and/bs

NNNN

Ständige Kontrolle von Discos und Nachtlokalen

=++++

6 #Wien, 5.4. (RK-KOMMUNAL) Ständig überprüft die Theaterpolizei, eine Dienststelle der Baupolizei, die Wiener Nachtlokale und Diskotheken. Allein in den letzten Wochen wurden 51 Lokale kontrolliert. In vier Fällen mußten Strafanträge gestellt werden. #

Die meisten Lokalbesitzer brauchen diese stichprobenartigen Überprüfungen nicht zu scheuen, in einigen Fällen kommt es aber auch zu schwerwiegenden Beanstandungen: wenn etwa Fluchtwege nicht oder nur schwer benützt werden können, Notausgänge nicht kenntlich gemacht sind oder gar Türen ins Freie versperrt wurden. Auch mangelhaft gewartete Feuerlöscher oder feuergefährliche Dekorationen fallen immer wieder bei den Kontrollen auf.

Von der 51 überprüften Lokalen war bei 38 alles in Ordnung oder konnten kleinere Mängel sofort behoben werden, in neun Fällen waren Mahnungen, in vier sogar Strafanträge erforderlich. (Schluß) and/ap

NNNN

Neuartige Ampel für Blinde

=++++

7 #Wien, 5.4. (RK-LOKAL) Eine neuartige Ampel für Blinde wird seit kurzem an der Kreuzung Gürtel/Gumpendorfer Straße getestet. Ein vibrierender Pfeil zeigt blinden Fußgängern die Grünphase an. #

In der Nähe der Kreuzung befindet sich ein Blindeninstitut. Für den Versuch mit der neuen Ampel wurde der Fußgängerübergang bei der Stadtbahnstation Gumpendorfer Straße ausgewählt. Ein ständiger Summton zeigt den Blinden an, wo sich der Ständer befindet, auf dem das Kästchen mit dem Signalpfeil montiert ist. Dieser Pfeil weist in die Gehrichtung und vibriert, wenn es grün wird. Bei der neuen Ampelregelung handelt es sich um einen Versuch. Die Erfahrungen der nächsten Wochen werden zeigen, ob diese Art der Blindenampel als Dauerlösung sinnvoll ist. (Schluß) ger/bs

NNNN

Bessere Luftqualität durch neues Gesetz

=++++

8 Wien, 5.4. (RK-KOMMUNAL) Ein wesentlicher Beitrag zur Verbesserung der Luftqualität in Wien ist die "Luftreinhaltenovelle 1982", die der Gemeinderatsausschuß für Personal- und Rechtsangelegenheiten am Montag einstimmig beschlosse hat. Mit diesem Gesetz wird den geänderten Heizgewohnheiten und dem gestiegenen Umweltbewußtsein entsprochen. Außerdem wurde die Vereinbarung mit dem Bund über Energieeinsparungen eingearbeitet. Die Gesetzesnovelle wird im nächsten Landtag, der voraussichtlich für den 23. April einberufen wird, endgültig beschlosssen und am 1. Jänner 1983 in Kraft treten. (Schluß) en/bs

NNNN

Debatte über zentrale Stelle für Rechtsangelegenheiten

=++++

9 Wien, 5.4. (RK-KOMMUNAL) Alle städtischen Dienststellen, die Verträge abzuschließen haben, müssen bei schwierigen und wichtigen Rechtsgeschäften die MD-Zivil- und Strafsachen zuziehen. Es gibt daher bereits ein Organisationsschema im Bereich des Magistrats, das dem Antrag der FPÖ aus der Gemeinderatssitzung vom 14. Dezember 1981 entspricht. Dies erklärte Stadtrat Johann HATZL in Vertretung von Stadtrat Franz NEKULA im Gemeinderatsausschuß für Personal- und Rechtsangelegenheiten.

Die FPÖ hatte im Gemeinderat den Antrag gestellt, eine zentrale Abteilung für Rechtsangelegenheiten mit dem Abschluß von Rechtsgeschäften zu betrauen. Wie Stadtrat Hatzl erläuterte, wurde bereits 1976 über Vorschlag des Herrn Magistratsdirektors, in Übereinstimmung mit einer Empfehlung des Kontrollamtes der Stadt Wien, die für Zivil- und Strafrechtsangelegenheiten zuständige Magistratsabteilung 65 in die Magistratsdirektion eingegliedert, um damit eine zentrale, übergeordnete Stelle für Zivil- und Strafrechtsangelegenheiten zu schaffen. Auch die im Antrag verlangte Ausfertigung sämtlicher Verträge durch eine zentrale Dienststelle erscheint nicht sinnvoll, da es eine große Zahl von Verträgen gibt, die auf Grund von Vordrucken von den Fachdienststellen abgeschlossen werden können. Ein Abgehen von dieser Praxis würde einen großen Verwaltungsaufwand bedeuten. Der Bericht wurde mehrheitlich zur Kenntnis genommen. (Schluß) en/bs

NNNN

Rasche und unbürokratische Sozialhilfe (1)

Utl.: Soziale Stützpunkte als Kontakt- und Anlaufstellen

=++++

11 Wien, 5.4. (RK-KOMMUNAL) Zusätzliche rasche und unbürokratische Sozialhilfe durch eigene Teams gibt es in Wien seit etwa einem Jahr. Im April vergangenen Jahres hat das Sozialamt der Stadt Wien sein Serviceangebot durch die Errichtung von sozialen Stützpunkten erweitert. Neben den bereits vorhandenen Sozialreferaten in den einzelnen Bezirken gibt es derzeit neun über Wien verteilte soziale Stützpunkte. Ihre Aufgabe ist es, als Kontakt- und Anlaufstelle für solche, die Hilfe benötigen, aber auch für jene, die Hilfe wollen, tätig zu sein. Montag berichtete Gesundheits- und Sozialstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER in einem Pressegespräch über die bisherige Tätigkeit dieser Einrichtungen.

Zwtl.: Persönlicher Kontakt durch Hausbesuche

Die sozialen Stützpunkte verfügen über ein eigenes Team, das aus Diplomkrankenpflegepersonal und Mitarbeitern der sozialen Dienste (Heimhelferinnen) besteht. Nach dem "Hilferuf" der den Stützpunkt erreicht, wird zunächst ein Hausbesuch organisiert. Damit soll festgestellt werden, welche Pflegearten und soziale Bedürfnisse bestehen. Die am Stützpunkt mitarbeitenden Heimhelferinnen führen eine Erstversorgung und Betreuung der Hilfsbedürftigen durch. Danach werden die benötigten sozialen Dienste in Anspruch genommen. (Forts.) z1/ap

NNNN

Rasche und unbürokratische Sozialhilfe (2)

Utl.: 2000 Patienten werden monatlich betreut

=++++

12 Wien, 5.4. (RK-KOMMUNAL) Zur Zeit werden in sämtlichen neun Stützpunkten monatlich etwa 2000 Patienten besucht und versorgt. Über Vermittlung der Stützpunkte erhielten Ende Februar 1982 allein 9160 Personen Unterstützung durch den Heimhilfedienst. 3513 bekamen "Essen auf Rädern" und 1762 wurden durch den Besuchsdienst besucht.

Die sozialen Stützpunkte, die jeweils Montag bis Freitag in der Zeit von 7.15 bis 16 Uhr besetzt sind, befinden sich in:

1, Schottenring 24, 1. Stock, Zimmer 150, Tel. 6614/241 und 290 Durchwahl; für die Bezirke 1, 7, 8 und 9.

2, Engerthstraße 150, Stiege 13, Parterre, Tel. 26 73 72; für die Bezirke 2 und 22.

2, Engerthstraße 150. Stiege 13, Parterre, Tel. 26 77 52; für die Bezirke 20 und 21.

3, Würtzlerstraße 25, Pensionistenheim "Erdberg", Tel. 72 65 43 und 75 67 57; für die Bezirke 3 und 11.

4, Rainergasse 6-8, Parterre, Tel. 65 06 10 und 65 72 09; für die Bezirke 4, 5 und 6.

10, Senefeldergasse 11/1. Stock (bis Ende August 82), dann 10, Laxenburger Straße 90/Stiege 11, Tel. 64 27 60; für den 10 Bezirk.

12, Am Schöpfwerk 29, Stiege 6, Parterre, Tel. 67 93 32 und 67 93 31; für die Bezirke 12, 13 und 23.

14, Dreyhausenstraße 29, Parterre, Zimmer 15, Tel. 94 55 97 und 94 31 38; für die Bezirke 14, 15 und 16.

18, Türkenschanzplatz 2, Pensionistenheim "An der Türkenschanze" Tel. 47 74 72 und 47 74 46; für die Bezirke 17, 18 und 19. (Forts.)

zi/bs

NNNN

Rasche und unbürokratische Sozialhilfe (3)

Utl.: Ausbildung für soziale Bürger

=++++

13 Wien, 5.4. (RK-KOMMUNAL) Ein Schwerpunkt in den sozialen Stützpunkten ist die Information für "soziale Bürger", d. h. Personen, die sozial tätig sein wollen. Neben der Information über die Möglichkeiten der Mithilfe bei den sozialen Diensten können Angehörige, Bekannte und Nachbarn für die Betreuung von Patienten geschult werden. Dies geschieht unter anderem durch gemeinsam mit dem Wiener Roten Kreuz durchgeführte kostenlose Krankenpflegekurse. Seit Beginn dieser Kurse im Rahmen der Sozialkampagne "Zeig Herz - hilfe mit!" haben sich bisher dafür 600 Interessenten angemeldet.

Zwtl.: Förderung der persönlichen Hilfe

Stadtrat Univ.-Prof. Dr. Stacher unterstrich, daß man grundsätzlich zwischen öffentlicher und privater Sozialhilfe unterscheiden muß. Unter öffentliche Sozialhilfe fällt die staatliche und die kommunale Sozialhilfe. Als private Sozialhilfe wird sowohl die durch private Vereinigungen geleistete Sozialarbeit verstanden, als auch die (private) persönliche Hilfe durch Einzelpersonen. Diese zu fördern zählt, so Stacher, zu den wesentlichsten Aufgaben der sozialen Stützpunkte. So hat eine Umfrage bei den durch den Heimhilfedienst betreuten Personen folgendes ergeben:

11 Prozent aller Heimhilfepatienten erhalten persönliche Hilfe durch Nachbarn, 30 Prozent Hilfe durch Angehörige (beides unentgeltlich) und 29 Prozent persönliche Hilfe, wofür sie ein kleines Entgelt oder Anerkennungsgeschenk leisten.

Bei der Reinigung des Haushalts wird in 59 Prozent der Fälle persönlich geholfen, bei 30 Prozent werden kleinere Besorgungen gemacht und beim Kochen gibt es in 11 Prozent der Fälle Hilfe.

(Schluß) zi/gg

Fürst zu Wiener Volksbefragungen: Durchaus positive Bilanz

=++++

14 Wien, 5.4. (RK-POLITIK) Eine durchaus positive Bilanz hat die Analyse der Volksbefragungen in Wien aus den Jahren 1973, 1980 und 1981 ergeben, da die Bürger durch die Teilnahme an Volksentscheiden ihre Wünsche durchsetzen können. Dies erklärte Gemeinderat FÜRST am Montag in einer Pressekonferenz anlässlich der Präsentation der Broschüre "Volksbefragungen in Wien". Fürst verlangte die Einführung der Briefwahl, da das Instrumentarium der direkten Demokratie besonders geeignet für die Stimmabgabe per Post ist. Außerdem soll die Gemeinde den Bürgerinitiativen Plakatflächen zur Verfügung stellen. Die amtliche Information via Hausanschlag usw. sollte ebenfalls verbessert werden. (Schluß) en/gg

NNNN